Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8323**
17. Wahlperiode 13. 01. 2012

Fragen

für die Fragestunde der 151. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 18. Januar 2012

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

1. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung Vorschläge, den massiven Einsatz von Antibiotika in der industriellen Tierhaltung teurer und unattraktiver zu machen, zum Beispiel durch die Einführung von Festpreisen oder das Verbot bzw. die Einschränkung von Rabattsystemen?

2. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum schafft die Bundesregierung nicht die gesetzliche Grundlage dafür, dass bei der Verschreibung von Medikamenten für die Tierhaltung die Daten vom behandelnden Tierarzt und Landwirt sofort zentral erfasst und den Landeskontrollbehörden zugänglich gemacht werden?

3. Abgeordneter **Dr. Wilhelm Priesmeier** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Antibiotikaminderungsstrategien in den Niederlanden und in Dänemark, und wird die Bundesregierung die Ergebnisse aus den Niederlanden und Dänemark für konkrete Minderungsziele in Deutschland nutzen?

4. Abgeordneter **Dr. Wilhelm Priesmeier** (SPD)

Ist nach Einschätzung der Bundesregierung die Erfassung von Antibiotikaverordnungen in Betrieben und Tierarztpraxen, die länderübergreifend arbeiten, mit den angekündigten Maßnahmen möglich, und wie sollen nach Einschätzung der Bundesregierung die Ländervollzugsbehörden ein realistisches Überwachungskonzept erarbeiten?

5. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die zentrale Erfassung der Antibiotikaverordnungen nach bundeseinheitlichen Kriterien, und ist die Bundesregierung bereit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen?

6. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Wann ist mit der Vorlage einer Antibiotikaminimierungsstrategie, die klare Aktions- und Schwellenwerte für die tierhaltenden Betriebe enthält, zu rechnen, und werden darin betriebsbezogene Sanierungsprogramme vorgesehen sein?

7. Abgeordneter **Ulrich Kelber** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Sammlung von Daten über die verabreichten Antibiotikamengen und Substanzklassen zu Monitoringzwecken für ausreichend, um den Ländern eine effiziente Überwachung zu ermöglichen, und welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung im Hinblick auf eine risikoorientierte Auswertung von tierhaltenden Betrieben zu ziehen?

8. Abgeordnete **Elvira Drobinski-Weiß** (SPD)

Wie schätzt die Bundesregierung die Belastung von Geflügelbeständen mit antibiotikaresistenten Keimen ein, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Verbraucherinnen und Verbraucher?

9. Abgeordnete **Elvira Drobinski-Weiß** (SPD)

Plant die Bundesregierung, wie in den Niederlanden, Antibiotikasubstanzklassen von der Anwendung in der Tierhaltung auszuschließen, und wenn ja, welche?

10. Abgeordnete **Kerstin Tack** (SPD)

Plant die Bundesregierung, das Dispensierrecht für Tierärzte einzuschränken, und in welcher Form ist dies vorgesehen?

11. Abgeordnete **Kerstin Tack** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gestaltung der Abgabepreise von Antibiotika an Tierärzte durch die Hersteller, und sieht sie darin eine Wettbewerbsverzerrung bzw. eine Einschränkung der Berufsausübung von Tierärzten?

12. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Mengen hydrierter Pflanzenöle (HVO) wurden in Deutschland in den vergangenen Jahren eingesetzt, und aus welchen Rohstoffen wurde das eingesetzte HVO produziert?

13. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Welche Rechtsauffassung hat die Bundesregierung hinsichtlich der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 in Bezug auf Hygienevorschriften für Tagespflegepersonal, und wie bewertet die Bundesregierung die Pressemitteilung der EU-Kommission vom 18. Dezember 2011, wonach „Tagesmütter nicht unter die strengen EU-Hygienevorschriften fallen“ sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

14. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)	Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Magazins des Reservistenverbandes „loyal“ (1/2012, S. 10), dass das Kommando Spezialkräfte (KSK) „noch geraume Zeit in Afghanistan bleiben [wird], selbst wenn die übrigen Truppen weg“ sind, und wenn ja, mit welchen Aufgaben wird das KSK dann dort verbleiben?
15. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Ist der Export von Patriot-Raketen nach Südkorea im Bundessicherheitsrat behandelt und nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz genehmigt worden?
16. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Weshalb exportiert die Bundesrepublik Deutschland Kriegswaffen in solche Spannungsgebiete, und was ist das besondere sicherheitspolitische Interesse Deutschlands bei dem Verkauf von Patriot-Raketen aus den Beständen der Bundeswehr an Südkorea?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

17. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)	Zieht die Bundesregierung Konsequenzen aus dem Ergebnis des Familienreports 2011, wonach schlechte Kinderbetreuungsmöglichkeiten für viele Mütter der Hauptgrund dafür sind, dass sie ihr berufliches Engagement nicht weiter ausdehen, und wenn ja, welche (bitte konkrete Maßnahmen für das Jahr 2012 darlegen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

18. Abgeordnete **Dr. Martina Bunge** (DIE LINKE.)

Sind Zahnärztinnen und Zahnärzte mit Kassenzulassungen verpflichtet, ihren Patientinnen und Patienten alle Kassenleistungen anzubieten, oder ist es ihnen beispielsweise gestattet, zuzahlungsfreie Leistungen nach dem Leistungskatalog wie z. B. Amalgamfüllungen durch Leistungen zu ersetzen, die eine Eigenbeteiligung durch den Patienten erfordern?

19. Abgeordnete **Dr. Martina Bunge** (DIE LINKE.)

Welche Kassenleistungen ohne Eigenbeteiligung dürfen Vertragszahnärztinnen und -zahnärzte durch Leistungen mit Eigenbeteiligung ersetzen, und wie ist sichergestellt, dass Patientinnen und Patienten Leistungen aus dem Leistungskatalog erhalten können, die keine Eigenbeteiligung erfordern?

20. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die zersplitterte Zuständigkeit im Hinblick auf die Effizienz und Wirksamkeit der Überwachung von Medizinprodukten, und sieht sie Bedarf, dies zu ändern?

21. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat der Bundesminister für Gesundheit Daniel Bahr die Absicht, noch in dieser Legislaturperiode eine Reform des Medizinproduktegesetzes vorzulegen, um dort wirksame Instrumente zum Schutz von Patienten zu verankern, und wird er sich dabei an dem Zulassungsverfahren der amerikanischen Food and Drug Administration (FDA) orientieren?

22. Abgeordnete **Maria Klein-Schmeink** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag von Prof. Dr. Jügen Windeler, Leiter des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), im Interesse der Patientinnen und Patienten die Marktzugangsvoraussetzungen für Medizinprodukte mit hoher Risikoklasse ähnlich zu regeln wie bei den Arzneimitteln?

23. Abgeordnete **Maria Klein-Schmeink** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was spricht gegen ein Bewertungsverfahren zum Nutzen von Medizinprodukten ab einer höheren Risikoklasse?

24. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Implantate der Firma PIP in Deutschland nach dem 1. April 2010 trotz des Verbotes durch die französische Medizinbehörde Afssaps in Verkehr gebracht wurden, und was hat die Bundesregierung bislang getan, um die Zahl der betroffenen Frauen zu ermitteln und diese zu informieren?

25. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung aufgrund der jüngsten Erfahrungen inzwischen Handlungsbedarf für eine Verschärfung der nationalen oder europäischen Bestimmungen hinsichtlich des Marktzugangs von Medizinprodukten mit hoher Risikoklasse, und ist sie bereit, ein verpflichtendes Implantat- bzw. Produktregister aufzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

26. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum sehen die neuen Empfehlungen für Rastanlagen an Straßen (ERS) für Lkw, Last- und Sattelzüge als Parkstandlänge nur 21,96 m vor, und inwieweit wurden Lang-Lkw bzw. Gigaliner überhaupt bei der Überarbeitung der ERS berücksichtigt?

27. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung nach aktuellem Kenntisstand den Bedarf, Raumordnungspläne gemäß § 17 des Raumordnungsgesetzes aufzustellen, und welche Raumordnungspläne des Bundes sind in der aktuellen Legislaturperiode in Vorbereitung?

28. Abgeordneter **Stephan Kühn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche gesicherten Erkenntnisse und Statistiken liegen der Bundesregierung vor, die darauf hinweisen, dass das Tragen von Kopfhörern im Straßenverkehr und die damit verbundene Ablenkung durch das Hören von lauter Musik oder durch das Telefonieren mit Mobilfunkgeräten für Fußgänger/-innen und Radfahrer/-innen eine relevante Unfallursache darstellen?

29. Abgeordneter **Stephan Kühn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stimmt die Bundesregierung der Aussage zu, dass der Faktor der Ablenkung im Straßenverkehr durch das Hören lauter Musik oder durch das Telefonieren mit Mobilfunkgeräten für alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen zutrifft, und falls ja, welche diesbezüglichen Maßnahmen plant die Bundesregierung?

30. Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erachtet die Bundesregierung die Sperrung von Mautausweichstraßen für den Schwerlastverkehr als zielführenden Weg, um gegen Mautausweichverkehr vorzugehen, und lässt sich aus Sicht der Bundesregierung das Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach (Az. AN 10 K 09.01294 vom 2. August 2010) auch auf Bundesstraßenabschnitte übertragen, die zwar vollständig bemautet sind, jedoch eine Abkürzung gegenüber dem Weg über die Autobahn darstellen und deshalb weniger Maut kosten als die Autobahn?

31. Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Ansbach (Az. AN 10 K 09.01294 vom 2. August 2010) bekannt, wonach die Sperrung einer Bundesstraße für den Schwerlastverkehr auf Grundlage des § 45 Absatz 9 Satz 3 der Straßenverkehrs-Ordnung rechtmäßig sei, um gegen Mautausweichverkehr vorzugehen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Urteil?

32. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Sind die Planungen für Schallschutzmaßnahmen entlang der Bahnlinie Augsburg–Donauwörth inzwischen so weit gediehen, dass ein Termin für die Planfeststellung feststeht, und kann inzwischen ein konkreter Zeitpunkt genannt werden, wann mit der Realisierung der Baumaßnahme begonnen wird?

33. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die im Rahmen der Benehmensbeteiligung abgegebene Lärmfachliche Beurteilung der Flugrouten für den Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg BER in Bezug auf ihren Einfluss auf das laufende Verfahren zur Festlegung der Flugrouten, und welche Position nimmt die Bundesregierung zur Forderung des Umweltbundesamtes nach einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

34. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung gemäß ihrer am 4. Januar 2012 abgegebenen Stellungnahme im Rahmen der angebotenen Weiterführung und Intensivierung des Erfahrungsaustausches mit der polnischen Regierung zum Aufbau sowie Ausbau erneuerbarer Energien, und welche Rolle spielt dabei der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur zwischen den beiden Ländern?

35. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann genau hat sich die Änderung der Gefährdungslage in Deutschland, in deren Folge die neuen Sicherungsmaßnahmen an den zentralen und standortnahen Zwischenlagern für Atommüll vorgesehen und durchgeführt werden, ergeben (bitte auch mit Angabe des Datums des betreffenden Beschlusses der damit befassten Bund-Länder-Kommission), und wann genau erfolgte die Veranlassung/Anordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, aufgrund derer das Bundesamt für Strahlenschutz am 15. April 2011 die Betreiber aller Zwischenlager in Deutschland bezüglich einer Verbesserung der Sicherungsmaßnahmen anschrieb (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/7136, zu Frage 6)?

36. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern ist die Berichterstattung des Magazins „DER SPIEGEL“, Heft 2/2012, korrekt, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) plane, die Entsorgungskommission zu einer Behörde aufzuwerten (bitte mit ausführlicher Erläuterung und Angabe der alternativen Überlegungen), und für welche Ebene der BMU-Hausleitung gibt es zu diesen und den alternativen Überlegungen bereits schriftliche Vorlagen (Abteilungsleiter/Staatssekretär/Bundesminister)?

37. Abgeordneter **Dr. Hermann E. Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Vorhaben der Bundesregierung gibt es – zusammen mit der dänischen EU-Ratspräsidentschaft –, das 30-Prozent-CO_2-Reduktionsziel der EU durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

38. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was verspricht sich die Bundesregierung von einer Privatisierung der Softwareabteilung der Hochschul-Informations-System GmbH – HIS-IT –, und welche konkreten kurzfristigen Verbesserungen erwartet die Bundesregierung von dieser Privatisierung bezogen auf die Bereitstellung aktueller Software für die Hochschulen u. a. zur Behebung des Zulassungschaos und den daraus resultierenden Missstand, dass zehntausende zulassungsbeschränkte Studienplätze unbesetzt bleiben?

39. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche alternativen Sofortmaßnahmen sieht und ergreift die Bundesregierung, um das Dialogorientierte Serviceverfahren für die Hochschulzulassung (DoSV) zügig zum Erfolg zu führen (z. B. bei Finanzierung, Kapazitäten, Personal), oder denkt die Bundesregierung darüber nach, ein komplett neues System von anderen Softwareanbietern entwickeln zu lassen?

40. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wann soll das sogenannte NRW-Stipendium eingestellt und von der Bundesregierung in das Deutschland-Stipendium – unter Angabe der daraus resultierenden Ausgaben in den Jahren 2012 und 2013 für den Bundeshaushalt – überführt werden, und inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, ggf. weitere Stipendienprogramme der Länder zu übernehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

41. Abgeordneter **Ulrich Kelber** (SPD)

Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren am 1. Januar 2011 bei GTZ, Inwent und DED vor der Fusion jeweils in Bonn, Berlin und Eschborn beschäftigt, und wie viele waren es jeweils am 1. Januar 2012 bei der GIZ in Bonn, Berlin und Eschborn?

42. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele neue Planstellen und Stellen schuf der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, in seinem Bundesministerium seit Beginn seiner Amtszeit, und wie viele bestehende und neue Planstellen und Stellen besetzte er dort seither jeweils mit Mitgliedern, aktuellen oder früheren Amts- oder Funktionsträgern sowie deren Mitarbeitern aus der FDP?

43. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) angesichts der schwachen Umfragewerte der FDP die Aussage des Beitrags „Rette sich wer kann“ der Fernsehsendung Report München vom 10. Januar 2011, der sich mit der Personalpolitik in zwei FDP-geführten Bundesministerien befasst?

44. Abgeordnete **Ute Koczy** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Stimmung der Belegschaft im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, angesichts der Tatsache, dass es den öffentlichen Eindruck und zahlreiche Presseberichte dazu gibt, dass lukrative Posten im BMZ bevorzugt an FDP-nahe Personen vergeben werden, während fachlich kompetente Mitarbeiter des BMZ übergangen werden?

45. Abgeordnete **Ute Koczy** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Nach welchen fachlichen Kriterien wurde die neue Abteilungsleiterin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ausgewählt, und nach welchem Verfahren verlief dieser Auswahlprozess?

46. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wurden für die Besetzung des frei werdenden Abteilungsleiterpostens im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch Beamte und Beamtinnen aus dem BMZ in Betracht gezogen, und aus welchem Grund wurde der Abteilungsleiterposten nicht an eine fachlich kompetente BMZ-Mitarbeiterin vergeben?

47. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Was entgegnet die Bundesregierung auf Vorwürfe aus der (Fach-)Öffentlichkeit, wonach der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, sein Bundesministerium dazu missbrauche, Mitglieder, aktuelle oder frühere Amts- und Funktionsträger und -trägerinnen sowie

ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FDP mit gutdotierten Posten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu versorgen, und wie entkräftet sie Vorwürfe, denen zu Folge die Besetzung der Posten gegen geltendes Recht verstoße?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

48. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie haben die Bundesregierung sowie Vertreter/-innen aus der Tourismuswirtschaft und von Nichtregierungsorganisationen aus Deutschland an der internationalen Konferenz für Ethik und Tourismus der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO) im September 2011 in Madrid mitgewirkt, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Konferenz, damit der vor zwölf Jahren von der UNWTO verabschiedete Globale Ethikkodex für den Tourismus noch wirksamer als Leitfaden für die deutsche Tourismuspolitik und -wirtschaft zum Tragen kommt?

49. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche Projekte zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung aus Forschungs- und Entwicklungsförderprogrammen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für den Mittelstand (Zentrales Innovationsprogramm für den Mittelstand, Industrielle Gemeinschaftsforschung, Innovationskompetenz Ost, FuE-Beratungsprogramme – siehe auch Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskovention) wurden im Jahr 2011 bewilligt bzw. durchgeführt, und welche diesbezüglichen Ergebnisse konnten dabei erreicht werden?

50. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen konkreten Inhalt (v. a. konkrete Berechnungsgrundlage für die Lastabwurfprämie und Zeitplan zur Inkraftsetzung) wird die Verordnung zum Lastmanagement auf Grundlage der Verordnungsermächtigung in § 13 Absatz 4a Satz 4 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) besitzen, und hätte nach Ansicht der Bundesregierung der angebliche Stromimport aus einem Ölkraftwerk in Österreich Anfang Dezember 2011 mit einer bereits bestehenden Lastabwurfprämie vermieden werden können?

51. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung den vorliegenden Entwurf der EU-Kommission für die Beihilfeleitlinien für das angekündigte deutsche Förderprogramm für fossile Kraftwerke, und wie sieht der weitere Zeitplan der Bundesregierung für ihre Veröffentlichung der genauen Förderbedingungen des Programms aus?

52. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Welche Forschungsprojekte zur Abscheidung, zum Transport und zur Speicherung von Kohlendioxid werden im Einzelnen – insbesondere im Hinblick auf die von mir im Rahmen des Berichterstattergesprächs zum Haushalt 2012 angefragten Vorhaben gemäß der zweiten Tranche S. 24 bis 25 sowie der Anlage 21 vom 28. September 2011 und der Antwort der Bundesregierung auf meine mündliche Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 17/8101, wonach zunächst keine neuen Fördermaßnahmen bewilligt werden sollen – aktuell jeweils unter Angabe der jeweiligen Fördersumme im Jahr 2012 gefördert bzw. wurden zunächst zurückgestellt, und welche Perspektiven sieht die Bundesregierung – unter Angabe des Zeitplans des Vermittlungsverfahrens – für die Erforschung der CCS-Technologien insbesondere im Hinblick auf das aktuelle Energieforschungsprogramm?

53. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Faktoren haben aus Sicht der Bundesregierung dazu geführt, dass die Börsenpreise für Strom seit März 2011 nicht gestiegen sind (bitte Faktoren im Einzelnen aufführen), und welche dieser Faktoren dürften in den nächsten Jahren eine zunehmende Rolle spielen?

54. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Hat die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, am Rande eines EU-Gipfeltreffens Ende Oktober 2011 mit dem damaligen Premier Griechenlands Giorgios Papandreou das Thema Erfüllung von Rüstungsaufträgen besprochen, und was war das Ergebnis?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

55. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Hat der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, im Frühjahr 2010 mit der griechischen Regierung über das Thema Rüstungsaufträge (u. a. Bestellung von Eurofightern) gesprochen, und wie passt dies mit der zeitgleich von Griechenland eingeforderten Politik der Haushaltskonsolidierung zusammen?

56. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Inwiefern arbeiten deutsche Ministerien, Behörden, Institute oder Firmen nach Kenntnis der Bundesregierung mit Libyen polizeilich, grenzpolizeilich, militärisch oder geheimdienstlich zusammen (organisatorisch, finanziell, mit Ausstattungshilfe, zu Ausbildungszwecken oder in Bezug auf Aufklärung), wie es der Bundesaußenminister anlässlich seines jüngsten Besuchs in Libyen am 8. Januar 2012 etwa zur Migrationskontrolle angedeutet hatte, und welche derartige Zusammenarbeit existiert hierzu mit Organen der Europäischen Union bzw. ist für die Zukunft projektiert?

57. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Worin besteht das bilaterale Abkommen zwischen Deutschland und Kasachstan über eine Partnerschaft im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich im Einzelnen, für das Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew am 8. Februar 2011 laut dem Portal „EurActiv de“ (Zugriff am 12. Januar 2012) mit einer „umfangreichen Wirtschaftsdelegation“ anreisen wird (bitte auch die Gegenleistungen der Vereinbarung benennen, insbesondere hinsichtlich des deutschen Zugangs zu Seltenen Erden und Investitionshilfen für die deutsche Wirtschaft), und wie steht die Bundesregierung zu dem Abkommen nach der erneuten blutigen Niederschlagung von Gewerkschaftsprotesten in der Stadt Zhanaösen (Schanaozen) im Dezember 2011, dem polizeilichen Einsatz von Schusswaffen statt nichttödlicher Waffen oder Wasserwerfern und der kurzzeitig suspendierten Parlamentswahl in Zhanaösen, die unter anderem erst durch Druck des Europarates wieder aufgehoben wurde?

58. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung die Entscheidung des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai von Ende Dezember 2011 ein, die Mandate dreier renommierter Kommissare der Unabhängigen Afghanischen Menschenrechtskommission (Ahmad Nader

Naderi, Ahmad Fahim Hakim und Maulawi Ghulam Muhammad Gharib) nicht zu verlängern, und inwieweit hat die Bundesregierung ihr Bedauern über diese Entscheidung dem Präsidenten Hamid Karsai mitgeteilt?

59. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu einem geplanten Gesetz in Estland, mit dem ehemalige estnische Angehörige der Waffen-SS – zusammen mit anderen Kämpfern für die Unabhängigkeit des Landes von der Sowjetunion – zu „Freiheitskämpfern“ erklärt werden sollen (vgl. www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=sw&dig=2012%2F01%2F11%2Fa0093&cHash=5e6eb93a95 sowie die Darstellung des estnischen Verteidigungsministeriums unter www.kaitseministeerium.ee/en/statement-concerning-false-information-published-in-newsportal-delfi), und wie hat die Bundesregierung darauf bislang reagiert bzw. gedenkt sie zu reagieren?

60. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Auswirkungen der am 1. Dezember 2011 durch den Beschluss des Rates 2011/782/GASP von der EU in einer zehnten Sanktionsrunde verhängten weiteren restriktiven Maßnahmen gegen Syrien auf die Zivilbevölkerung, bzw. welche Kenntnisse hat sie zudem über die Folgen der vorhergehenden Sanktionen auf die Zivilbevölkerung (Gesundheitsversorgung, Einfluss auf einheimische Märkte, Lebensmittelpreiserhöhungen, Versorgung mit Konsumgütern, Kindersterblichkeitsrate etc.)?

61. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung den Stellenabbau im Bereich der Visumerteilung im Jahr 2010 vor dem Hintergrund, dass ihre gegenüber der Presse gegebene Begründung (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 3. Januar 2012 „Am Limit“), die Visumpflicht für mehrere Staaten sei weggefallen, ausweislich der Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/8221 nicht tragfähig ist, da das Personal auch in Kontinenten gekürzt wurde, in denen es keinen Wegfall der Visumpflicht gab, und überdies die Zahl der bearbeiteten Visa dessen ungeachtet im Jahr 2010 zugenommen hat, und wie bewertet sie weiterhin den Einsatz externer Dienstleister, wenn dieser bislang nicht oder kaum zur Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Visumprüfung geführt hat, wie aus dem genannten Zeitungsartikel hervorgeht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

62. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Programme welcher Anbieter prüfen bzw. prüften deutsche Strafverfolgungsbehörden dahingehend, ob sie für den Einsatz im Bereich der Quellen-Telekommunikationsüberwachung geeignet sind (bitte nach Anbieter, Kaufdatum und Laufzeit der Lizenz aufschlüsseln)?

63. Abgeordnete **Brigitte Zypries** (SPD)

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung in der Frage, ob das künftige EU-Datenschutzrecht in Form einer Verordnung statt, wie bisher, als Richtlinie geregelt werden soll, und wie hat sich die Bundesregierung diesbezüglich im Rat der Europäischen Union und gegenüber der Europäischen Kommission geäußert?

64. Abgeordneter **Gerold Reichenbach** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Frage, ob – insbesondere nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (C-468/10) vom November 2011 – nach derzeit geltender Rechtslage neben den Umsetzungsspielräumen der Richtlinie 95/46/EG, die den allgemeinen Datenschutz regelt, eine nationale Regelungskompetenz für bereichsspezifischen Datenschutz besteht?

65. Abgeordneter **Gerold Reichenbach** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Frage, ob im Falle der Neuregelung des europäischen Datenschutzes durch eine Verordnung eine nationale Regelungskompetenz für bereichsspezifischen Datenschutz bestünde, und falls ja, in welchen Bereichen?

66. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung angesichts der andauernden Gewalt in Syrien und des fatalen Signals an syrische Deserteure und Verweigerer, das durch die drohende Abschiebung von syrischen Deserteuren aus der bayerischen Abschiebehaft nach Ungarn und von dort nach Syrien gegeben wird, bereit, die bisherige Praxis der Rückführung in angeblich sichere Drittstaaten aufzugeben und zukünftig allen Menschen, die sich dem Militärdienst in Syrien und damit der gewaltsamen Unterdrückung von Aufständischen verweigern, in Deutschland Asyl zu bieten?

67. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass die von der Zwickauer Terrorzelle angemietete Garage, in welcher Ermittler bei der Durchsuchung am 26. Januar 1998, 1,4 kg Sprengstoff TNT fanden, von einem Polizisten vermietet wurde, und wenn ja, wurde dieser zwischenzeitlich hinsichtlich möglicher Kontakte zur rechtsextremistischen Szene überprüft?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

68. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, mit welcher Begründung die Staatsanwaltschaft Gera das Vorliegen der Voraussetzungen für den Erlass von Haftbefehlen gegen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe verneinte, nachdem das Landeskriminalamt Thüringen einen Durchsuchungsbeschluss wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Explosions- und Strahlungsverbrechens erwirkt hatte, weil es bei einer Observierung Ende 1997 die drei Personen dabei beobachtet hatte, wie sie in einem Baumarkt Brennspiritus und Gummiringe kauften und in einer Garage lagerten?

69. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen wird die PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan – Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê) in der Bundesrepublik Deutschland nicht als terroristische Organisation eingestuft wie beispielsweise in den USA, und warum wurden gegen den in Köln wohnhaften Vorsitzenden der PJAK, Abdul Rahman Haji Ahmadi, bisher noch keine Ermittlungen eingeleitet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

70. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Welche Veränderungen hat es zum Jahreswechsel bei den Regelungen zur Entschädigung von NS-Opfern gegeben (sowohl die Höhe der entsprechenden Leistungen als auch die etwaige Hinzuziehung neuer Opfergruppen betreffend)?

71. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Wie häufig pro Jahr wurden von der Bundesagentur für Arbeit unzutreffende elektronische Daten für das Besteuerungsverfahren im Rahmen von Lohnersatzleistungen an die Finanzbehörden übermittelt, und welche Auswirkungen ergeben sich hieraus für die betroffenen Steuerpflichtigen?

72. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Wie viele Kontenabrufe wurden seit 2005 von den Finanzbehörden über das Bundeszentralamt für Steuern durchgeführt, und teilt die Bundesregierung die Kritik des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit hinsichtlich der Intensität der Nutzung dieses Instrumentes, so dass der Kontenabruf mittlerweile nicht mehr die Ausnahme, sondern der Standardfall sei und somit eine Beschränkung der Abrufbefugnisse sinnvoll erscheine?

73. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer in der Eurozone vor dem Hintergrund gegensätzlicher Aussagen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und des Vizekanzlers Dr. Philipp Rösler?

74. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Inhalte hat die gemeinsame Stellungnahme des deutschen und des französischen Finanzministeriums zum Kommissionsentwurf einer Finanztransaktionsteuer, die laut Pressemeldungen in Vorbereitung des nächsten ECOFIN veröffentlicht werden soll, generell und im Detail zu den Elementen des Kommissionsvorschlags (Sitzlandprinzip, Bemessungsgrundlage etc.)?

75. Abgeordneter **Dr. Thomas Gambke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es immer noch eine gemeinsame Initiative des deutschen und des französischen Finanzministeriums zur Finanztransaktionsteuer, wie aus dem gemeinsamen Schreiben an die EU-Kommission vom 9. September 2011 hervorgeht, oder arbeiten Deutschland und Frankreich mittlerweile an getrennten Konzepten zur Finanztransaktionsteuer, zumal der französische Präsident Nikolas Sarkozy angekündigt hat, einen eigenen Vorschlag schon diesen Frühling vorzulegen?

76. Abgeordneter
Dr. Thomas Gambke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Unterschiede zwischen dem gemeinsamen Vorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer des deutschen und des französischen Finanzministeriums im Schreiben vom 9. September 2011 und dem Kommissionsvorschlag vom 28. September 2011, und bis wann wird die Bundesregierung ein detailliertes Konzept zur inhaltlichen Ausgestaltung der Finanztransaktionsteuer vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

77. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Wie viele Langzeitarbeitslose, unterschieden nach insgesamt, Rechtskreis SGB III und Rechtskreis SGB II, konnten im Jahr 2011 bundesweit ihre Arbeitslosigkeit beenden, und was waren die Gründe für ihren Abgang (bitte auflisten nach Aufnahme einer Erwerbstätigkeit am ersten Arbeitsmarkt – unterschieden nach sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, geringfügig entlohnter Beschäftigung, Selbständigkeit –, Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme, vorruhestandsähnlicher Regelung (z. B. § 53a SGB II), Beginn des Bezuges einer Alters- bzw. Erwerbsminderungsrente, Arbeitsunfähigkeit, fehlender Mitwirkung, Nichterneuerung der Meldung und Ähnlichem)?

78. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Wie viele Arbeitslose, abzüglich der Gruppe der Langzeitarbeitslosen, unterschieden nach insgesamt, Rechtskreis SGB III und Rechtskreis SGB II, konnten im Jahr 2011 bundesweit ihre Arbeitslosigkeit beenden, und was waren die Gründe für ihren Abgang (bitte auflisten nach Aufnahme einer Erwerbstätigkeit am ersten Arbeitsmarkt – unterschieden nach sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, geringfügig entlohnter Beschäftigung, Selbständigkeit –, Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme, vorruhestandsähnlicher Regelung (z. B. § 53a SGB II), Beginn des Bezuges einer Alters- bzw. Erwerbsminderungsrente, Arbeitsunfähigkeit, fehlender Mitwirkung, Nichterneuerung der Meldung und Ähnlichem)?

79. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Welches Ausmaß hatte die von der Bundesregierung beschlossene Reduzierung der Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den ersten Jahren der Legislaturperiode, bezogen auf die Arbeitsagenturen Augsburg, Kempten und Memmingen, und wie wirkt sich diese Reduzierung im laufenden Jahr 2012 aus?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333